

Übersicht

AUSSENPOLITIK

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(1) Zugverbindung zwischen Moskau und Peking

Allen ideologischen und politischen Differenzen zum Trotz bestehen zwischen der Sowjetunion und China nach wie vor gute Verkehrsverbindungen. Zweimal wöchentlich werden in beiden Richtungen direkte Flugverbindungen angeboten. Außerdem fährt einmal pro Woche zwischen den beiden Hauptstädten ein russischer und ein chinesischer Zug. Der russische Zug bleibt bis zuletzt auf Sowjetgebiet, macht also einen Umweg um die Mongolische Volksrepublik und führt dann durch die Mandschurei (Gesamtstrecke: 9001 km), der chinesische Zug durchquert die Mongolei (7865 km Gesamtstrecke bis Moskau). Die Fahrt von Irkutsk bis Peking über Ulan Bator dauert 55 Stunden. Die Passagiere sind in komfortablen Zweier- oder Viererabteilungen mit bequemen Betten untergebracht. Die Wüste Gobi wird auf

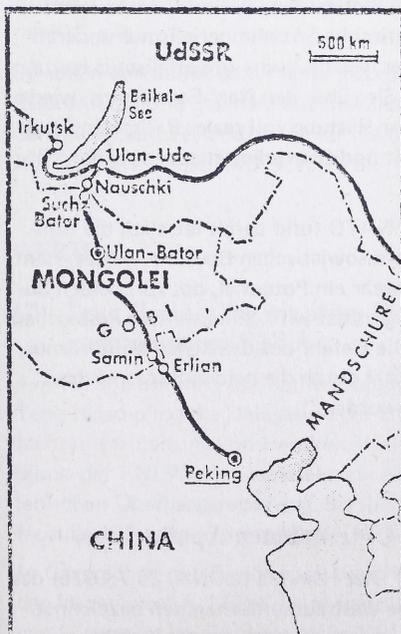
einer Gesamtstrecke von 2674 km nachts durchfahren. Die Fahrkarte 1. Klasse kostet von Irkutsk bis Peking umgerechnet 190 DM.

Die Grenze zwischen der Mongolei und China ist nur durch einen Stein markiert - kein Zaun, keine Befestigung. In Erhlian wird der Zug um Mitternacht auf eine schmalere Spur umgesetzt. Hier beginnt nun auch die kulinarische Verwöhnung des Gastes mit 20 Vorspeisen und mehr als 70 Gerichten zur Auswahl. Von Erhlian ist der Express noch einmal 14 Stunden unterwegs, bis er - pünktlich auf die Minute - im Pekinger Hauptbahnhof einläuft (Bericht des dpa-Korrespondenten Arno Meier, "Die Welt", 13.6.1975).

(2) Die Breschnew-Clique und Hitler - Sieben Parallelen

Wie sehr die "Breschnew-Clique Hitlers Fußstapfen folgt", zeigen einige "auffallende Analogien":

- Nachdem Hitler die Macht ergriffen hatte, habe er offen erklärt, daß die Deutschen 'die ganze Welt beherrschen' müßten und daß nur der Starke das Recht habe, seinen Willen durchzusetzen; die "Breschnew-Clique" hat ebenfalls von Anfang an eine Politik "auf Rivalität um die Weltherrschaft" betrieben (Aufbau der Militärmacht, Annahme von "Allüren eines Beherrschers der Meere" etc.).
- Hitler habe immer wieder über Rüstungsverminderung, über militärische Beschränkungen und über bedingungslose Aufrechterhaltung des Friedens gesprochen. Breschnew "spricht ebenfalls zungenfertig über 'die Sicherung eines echten und dauerhaften Weltfriedens für Generationen' und fordert insbesondere die allgemein vollständige Abrüstung, insbesondere das Verbot von Atomwaffen, während die Sowjetunion gleichzeitig weiterrüstet.
- Hitler ersann absurde Vorwände aller Art, um seinen Einfall in andere Länder und deren Besetzung zu rechtfertigen. Auch die "Breschnew-Clique" habe sich bei der Besetzung der Tschechoslowakei einiges hierzu einfallen lassen.
- Vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges griff Hitler zu dem Trick, 'im Osten einen Scheinangriff zu unternehmen, aber im Westen zuzugreifen'. Polen war ein Vorgefecht, der Zweite Weltkrieg habe gerade mit Deutschlands Angriff gegen Großbritannien und Frankreich begonnen (!). Die Breschnew-Clique scheint sich auf China zu konzentrieren, hat aber in Wirklichkeit Europa im Visier.



- Kaum war Hitler an der Macht, da schickte er sich bereits an, die Volkswirtschaft zu militarisieren. Dasselbe ist in der Sowjetunion der Fall: Ihre Militärausgaben belaufen sich heute auf ungefähr ein Drittel des Staatshaushaltes oder ungefähr 20% ihres Volkseinkommens. Die sowjetische Volkswirtschaft sei zu einem hohen Grad auf Kriegswirtschaft umgestellt.

- Hitler versuchte, das Denken des deutschen Volkes mit der Theorie der Überlegenheit der germanischen Rasse und des 'Deutschland über alles' zu vergiften und die militaristische Erziehung unter der deutschen Bevölkerung zu verstärken. "Heute vergiftet die Breschnew-Clique ebenfalls in wahnsinniger Weise das Denken des Sowjetvolkes mit einer verstärkten Erziehung im russischen Großmachtchauvinismus und Militarismus als Teil 'ihrer umfassenden Kriegsvorbereitungen'."

- Auch der Untergang wird sich ähneln: "Vor vierzig Jahren wurde Hitler, ein Papiertiger, dem es nicht gelungen war, die Weltherrschaft zu erringen, von der Flamme des antifaschistischen Kampfes der Völker aller Art zu Asche verbrannt....."

Wenn die Breschnew-Clique, ein weiterer Papiertiger, den Fußstapfen Hitlers folgt, wird sie ein noch elenderes Ende als Hitler finden." (NCNA, 1.7.1975)

(3) Moskauer Attacke: Enges Bündnis zwischen "Maoisten" und "Rechten Ultras"

Ziel der Politik sei es, in ihrer antisowjetischen Politik "Maoisten" und "Rechte Ultras" zu einer Vereinten Front gegen Moskau aufzurufen. Als Freunde würden beispielsweise angesprochen General Pinochet, der "blutige Junta-Führer Chiles", ferner Senator Jackson in den USA und der CSU-Vorsitzende Franz-Joseph Strauß. Auf der anderen Seite stünden "maoistische Gruppen", die zwar nur "wenige Mitglieder zählen, dafür aber einen großen Rummel aufziehen", nämlich in Italien, Frankreich und Westdeutschland. In der Bundesrepublik sind die größten davon die sogenannten KPD (ML) und der Kommunistische Bund Westdeutschlands. Sie träten wirkungsvoll gegen die "fortschrittlichen Kräfte im Lande", d.h. gegen die prosowjetischen Gliederungen, auf. Bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern im Jahre 1974 hätten sie beispielsweise der rechten Reaktion wirkungsvoll Hilfe geleistet, als sie dem DKP-Kandidaten eigene Kandidaten entgegengestellt und so die Stimmenverhältnisse aufgesplittert hätten. Mit ihren maoistischen Parolen schürten sie außerdem eine antikommunistische Hysterie im Lande, die sich dann letztlich auch gegen die fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik wende. Besonders gern griffen sie zu der Theorie des Kampfes gegen die zwei Supermächte und hielten die Sowjetunion für noch gefährlicher als die USA. Während der Antisowjetismus der CDU/CSU sozusagen "hausgebacken" sei, trage diese Art von Wortregelung der Maoisten einen "ausgeprägten Importcharakter, made in China".

(4) Albanien rückt wieder stärker in den Vordergrund

Die Regierungen der VR China und der VR Albanien unterzeichneten am 3.7. in Peking zwei Abkommen und zwei Protokolle (Abkommen über die Gewährung eines chinesischen langfristigen und zinslosen Darlehens - Summe bleibt ungenannt -

Protokoll über die Lieferung einer vollständigen Ausrüstungsanlage für Projekte; Protokoll über die Belieferung Albanien mit allgemeinen Materialien; Abkommen über Warenaustausch und Zahlungsverkehr für den Zeitraum 1976 bis 1980) (NCNA, 3.7.75). Eine albanische Regierungsdelegation unter Leitung des Politbüromitglieds Carcani war bereits am 12. Juni in Peking eingetroffen und dort u.a. mit Chou En-lai zusammengekommen. In den Ansprachen war von "Proletarischem Internationalismus" zwischen beiden Völkern, von einem entschiedenen Kampf gegen die Aggressions- und Hegemonie-Politik der beiden Supermächte und von "unbeugsamem revolutionärem Kampfgeist der beiden Völker" die Rede (PRu 1975 Nr.25, S.6 f.). Carcani drückte eine gewisse Mißbilligung der chinesischen US-Politik aus, als er die USA mit der Sowjetunion auf eine Stufe stellte und sie als die "größten und gefährlichsten Feinde der Menschheit" bezeichnete (ebd.).

Die zeitweilige Trübung des chinesisch-albanischen Verhältnisses scheint aber im großen und ganzen vergessen zu sein, wenn gleich zwischen beiden Ländern verschiedene Meinungsunterschiede bestehen, so z.B. gegenüber der Bundesrepublik. Die "Rote Fahne", Zentralorgan der Marxistisch-Leninistischen Partei Österreichs (Nr. 159 vom Mai 1975, S.7-10), bringt zwei wichtige albanische Artikel über die "wachsende Gefahr des deutschen Militarismus und Revanchismus". Es sei falsch, die Bundesrepublik Deutschland als harmloses kleines Ländchen hinzustellen, das in einem kommenden Krieg nur die Rolle eines unschuldigen Opfers fremder Aggressionen spielen werde. Bonn baue seine revanchistischen Pläne vielmehr in zwei Richtungen aus: größtmögliche Partizipation am aggressiven NATO-Block ("Das Anwachsen der Rolle der NATO bedeutet zugleich auch das Anwachsen der Rolle und des Einflusses der BRD") und in Richtung auf Schaffung "einer eigenen mächtigen Militärmaschine.... Die Bundeswehr steht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit des westdeutschen Kapitals..... Mit einem stehenden Heer von mehr als einer halben Million Soldaten besitzt sie die größte militärische Effektivstärke unter allen westeuropäischen Ländern..... Von Jahr zu Jahr wachsen die militärischen Ausgaben unter anderem für das Jahr 1975 auf 31 Mrd. DM direkter Rüstungsausgaben". Nun folgt ein merkwürdiger Satz: "Mit der Unterstützung des US-Imperialismus einerseits und des sowjetischen Sozialimperialismus andererseits (sic!) marschiert der westdeutsche Imperialismus heute, dreißig Jahre nach dem Sieg über den Nazi-Faschismus, wieder auf dem Weg fiebriger Rüstung voll realer Bedrohungen der Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität europäischer Völker".

Während also China die NATO (und damit letztlich die Bundeswehr) als wichtigen antisowjetischen Baustein wertet, sieht Albanien in der Bundeswehr ein Potential, das von beiden Supermächten gemeinsam gestützt wird. Eine weitere Passage lautet z.B. (ebd., S.10): "Die Gefahr des deutschen Militarismus, angestiftet und unterstützt durch die beiden Supermächte..... ist bedeutend ernster geworden."

NORDAMERIKA

(5) Peking kritisiert Unternehmen Apollo-Sojus

Als "Duell im Weltraum" hat Hsinhua (NCNA, 26.7.1975) das amerikanisch-sowjetische Weltraumunternehmen bezeichnet.

Die beteiligten Mächte hätten lediglich die Absicht verfolgt, "die technischen Geheimnisse des anderen" zu lüften, um sich aufgrund neuer Erkenntnisse "die Vorherrschaft im Weltraum zu sichern". Der "250-Millionen Dollar-Händedruck im Raum" sei zwar als "Ausdruck der Entspannung" gewertet, doch habe es beispielsweise Moskau lediglich darauf abgestellt, "seinen intensivierten Streit um die Vorherrschaft auf Erden mit der seitlichen 'Entspannung im Weltraum' zu überdecken." Beide Mächte wetteiferten um die militärische Überlegenheit im Weltraum schon seit dem Start des ersten Satelliten. Seit der 1972 erfolgten Unterzeichnung des Abkommens über gemeinsame Raumflüge habe die Sowjetunion bereits über 250 sogenannte "Kosmos"-Satelliten gestartet, von denen die meisten militärischen Zwecken dienen. "Die Sowjetunion, die lange Zeit in der Weltraumtechnologie eine unterlegenere Position einnahm, versuchte, technische Geheimnisse der USA beim Flug zu erlangen, um auf diesem Gebiet die Überlegenheit zu gewinnen. Auch die USA wollten sowjetische technische Geheimnisse erlangen, um ihre eigene Überlegenheit aufrechtzuerhalten." Die Sowjetunion habe hierbei alle möglichen Spionagemittel, vor allem "Wanzen" benutzt.

Hsinhua sieht in dem Raumunternehmen also nichts anderes als einen Spionagewettstreit, der typisch ist für den Streit der beiden Supermächte um die weltweite Hegemonie.

LATEINAMERIKA

(6) Erdöl für Brasilien

Am 30.6. wies Radio Nacional Brasilia in einer deutschsprachigen Sendung darauf hin, daß es durchaus möglich sei, daß die 'Petrobás' schon in Kürze Erdöl aus der VR China importieren wird. Dabei sei "mit einer beachtlichen Kostenreduzierung" zu rechnen, denn "zum Erdöltransport von China nach Brasilien sollen die gleichen Schiffe eingesetzt werden, die brasilianisches Eisenerz nach Japan befördern." Während diese Information, wie verlautet, durch den Botschafter Chang Te-chung bekanntgegeben wurden, schätzte der Diplomat die Aussichten für eine Erweiterung des Handels zwischen beiden Ländern für "hervorragend" ein.

So sollen von chinesischer Seite insbesondere die Importe von Zucker, Soja und Eisenerz aus Brasilien allmählich erhöht werden; außerdem bestünde auch für Hanf, Baumwolle und andere Rohstoffe Interesse (MD, 1.7.1975).

AFRIKA

(7) Teng Hsiao-p'ing empfing Delegation der angolanischen FNLA

Am 16. Juli empfing der Stellvertretende Ministerpräsident Teng Hsiao-p'ing die Delegation der angolanischen Befreiungsfront unter Leitung von Hendrek Vaal Neto, Mitglied des Politbüros der FNLA und Staatssekretär für Information der angolanischen Übergangsregierung. Sie führten eine "herzliche und freundschaftliche Unterredung" (NCNA, 16.7.1975).

In Gesprächen mit Diplomaten bezichtigte er die Sowjetunion des Imperialismus. "Eine der angolanischen Befreiungsbewegungen" - gemeint ist die gegnerische MPLA - verfüge über Panzer

sowjetischer Bauart, sagte er. Einige dieser Panzer würden sogar von sowjetischem Personal gefahren.

Der sino-sowjetische Konflikt reicht also bis hinein in die afrikanischen Befreiungsbewegungen und veranlaßt die beiden Mächte zur engagierten Stellungnahme für "fraktionistische" Parteien, wie sie ohne den Konflikt wahrscheinlich nie erfolgt wäre.

In Angola bekämpfen sich drei Befreiungsbewegungen, die MPLA, die FNLA und die l'UNITA. Die FNLA hat nicht nur die Sympathien der Chinesen, sondern auch die des Staatschefs des benachbarten Zaïre, Mobutu, der ja mit China eng kooperiert, bereits zweimal Peking besucht hat und die VR China als eine Art Modell für sein eigenes Land betrachtet (Näheres C.a. 1973, 2, Ü-15; 4, Ü-15).

Auf die Frage eines Reporters von Le Monde an den Chef der FNLA, Holden Roberto, wie die chinesische Hilfe aussehe, antwortete dieser: "Toutes mes troupes sont entraînées par les Chinois" (Le Monde, 6.6.1975). Er, Roberto, empfinde für die Chinesen ein starkes Gefühl der Bewunderung. Die Devise der FNLA "Auf eigenen Beinen stehen" sei von Mao Tse-tung "ausgeliehen". Im übrigen hülfe die Chinesen ohne jede Bedingung.

NAHOST

(8) Peking zum Schicksal der Kurden

Eine etwas zwiespältige Stellungnahme hat Teng Hsiao-p'ing beim Empfang des irakischen Vizepräsidenten Taha Muhyiddin Marouf abgegeben. Auf der einen Seite spricht er davon, daß die Völker des Mittelostens erwachen und sich in Haß gegen die gemeinsamen Feinde, vor allem gegen die Supermächteinmischungen, erheben, womit nur die Sowjetunion gemeint sein kann.

Auf der anderen Seite applaudiert er der gemeinsamen irakisch-iranischen Lösung des Kurdenproblems, ohne die Kurden allerdings ausdrücklich beim Namen zu nennen. Wörtlich: "Es ist besonders erfreulich, daß der Irak und Iran nach Konsultationen auf gleichberechtigter Grundlage vor kurzem einen Vertrag unterzeichnet haben, der einen von der Geschichte hinterlassenen Streit zufriedenstellend beigelegt hat. Das ist eine sehr gute Sache, und wir sprechen unsere Glückwünsche aus. Die Tatsachen beweisen es immer wieder, daß zwischen den Ländern der Dritten Welt, die gemeinsame Interessen und Kampfaufgaben haben, es keine grundsätzlichen Interessenkonflikte oder unlösbare Streitfragen gibt....." (NCNA, 4.7.1975).

ASIEN

(9) Auch bald Gespräche mit Indonesien?

Präsident Suharto von Indonesien, der Anfang Juli in Tokyo weilte, erwiderte auf die Frage des japanischen Ministerpräsidenten Miki nach den Aussichten der Beziehungen zwischen Indonesien und China, daß die durch den Zwischenfall vom 30. September 1965 "seinem Lande zugefügten Wunden noch nicht vernarbt sind und daß es deshalb unmöglich ist, schon bald die nationale Zustimmung für Beziehungen seines Landes mit China zu erhalten."

Angesichts des Vorgehens anderer südostasiatischer Staaten, wie Thailand, Philippinen und Malaysia, die inzwischen diplomatische Beziehungen mit Peking aufgenommen haben, sei jedoch auf die Dauer ein Gespräch mit Peking nicht zu umgehen (JIJI, englisch, 7.7.1975).

(10) Nepal, "Friedenszone" im Himalaya?

Anlässlich seiner Krönung im Februar 1975 hatte der junge nepalesische König Birendra vor seinen zahlreichen ausländischen Gästen einen Plan ausgebreitet, demzufolge Nepal zu einer "Zone des Friedens" erklärt werden solle.

China und Pakistan haben diesem Projekt zugestimmt, Indien will jedoch aus zwei Gründen nichts von ihm wissen: Zum einen habe Kathmandu die Inder vorher nicht konsultiert, zum anderen seien die Beziehungen zwischen Nepal und Indien bereits durch den Freundschaftsvertrag von 1950 geregelt, der von beiden Ländern verlangt, sich im Falle einer äußeren Bedrohung zu konsultieren. Kathmandu freilich hat beim Ausbruch des Krieges Indiens gegen Pakistan erleben müssen, daß es in den entscheidenden Phasen weder konsultiert noch offiziell informiert wurde. Die eigentliche Befürchtung New Delhis dürfte aber darin bestehen, daß China bei der Verwirklichung des "Friedenszonenplans" noch stärkeren Einfluß im Himalaya gewinnen könnte, also ausgerechnet in einer Gegend, die Indien als Verteidigungsfront gegenüber seinem nördlichen Nachbarn ansieht.

Nepal sieht in der Ablehnung seines Friedenszonenvorschlages einen hegemonistischen Akt Indiens, der durch die erst kürzlich geschehene Einverleibung Sikkims noch an Signalwirkung gewinnt (NZZ, 26.6.1975).

(11) Diplomatische Beziehungen zwischen Thailand und China

Am 1. Juli unterzeichneten der thailändische Ministerpräsident Kukrit Pramroj und Chou En-lai ein "Gemeinsames Communiqué über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Thailand", das 10 Punkte umfaßt und in dem sich beide Staaten ein Verhalten nach den Fünf Prinzipien der Friedlichen Koexistenz versprechen, in dem sie ferner ihre Bereitschaft erklären, alle Streitfragen auf friedlichem Wege zu lösen, in dem eine Regelung über die Ausschaltung der doppelten Staatsangehörigkeit von Auslandschinesen in Thailand enthalten ist und das schließlich auch eine Antihegemonie-Klausel enthält. In dieser Klausel wenden sich beide Staaten gegen Versuche eines Landes und einer Gruppe von Ländern, in irgendeinem Teil der Welt die Vorherrschaft zu erringen oder Einflusssphären zu schaffen. Gedacht ist hier an den "Tiger" Sowjetunion, der zur Hintertür hereinkommen könnte, nachdem der "Wolf" USA durch die Vordertür verschwunden ist (so eine Formulierung der Chinesen beim Besuch des philippinischen Präsidenten Marcos).

Kukrit Pramroj wurde auch von Mao Tse-tung empfangen (Näheres dazu vgl. Themen des Monats in diesem Heft).

INTERNATIONALE KONFERENZEN

(12) Pekings Stellungnahme zur KSZE

In Pekings Konzept von der Notwendigkeit einer Stärkung

Europas als Gegengewicht zur Sowjetunion im Westen passen weder die KSZE noch die MBFR-Pläne. Für die Sowjetunion sei die KSZE die "Basis zur Untergrabung der Positionen des Westens". Außerdem habe die Konferenz vor allem das Ziel, "das von der Sowjetunion während des Zweiten Weltkrieges und in den Nachkriegsjahren geschaffene Imperium feierlich absegnen zu lassen (NCNA, 5.7.1975). Befürchtet China hier Präzedenzwirkungen für eine ähnliche "Absegnung" der umstrittenen sino-sowjetischen Grenzen?

Andere Formulierung: Die KSZE diene als ein Instrument der Sowjetunion, um die "Lizenz" für die "Beherrschung Europas zu erhalten und die Völker Europas und der Welt zu täuschen" (NCNA, 14.7.1975).

Aus chinesischer Sicht kann die ganze Konferenz nicht der Sicherheit dienen. Vielmehr müsse sie als "Unsicherheitskonferenz" bewertet werden.

Im übrigen geht Hsinhua (NCNA, 5.7.1975) davon aus, daß "europäische politische Persönlichkeiten den Wert der KSZE gering einschätzen". U.a. zitiert die Agentur den Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses des Bundestages, Gerhard Schröder, der davon ausgehe, daß die KSZE weder die europäische Sicherheit noch die Zusammenarbeit fördere. Die Konferenz habe statt dessen der Sowjetunion ein Instrument in die Hand gegeben, "um Druck auf die westeuropäischen Völker auszuüben." Etwa im gleichen Sinne werden der außenpolitische Sprecher der Opposition, Werner Marks, und der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky zitiert.

MALTA: Der Vertreter Maltas äußerte, daß die dritte Konferenzstufe ohne die Lösung irgendeines wesentlichen Problems nur einen "falschen Begriff von Sicherheit und Entspannung" schaffen würde. Zur Gewährleistung der Sicherheit der Mittelmeerländer schlug er im Koordinierungsausschuß - wo ja Einstimmigkeit vereinbart war - vor, in der Deklaration der Konferenz festzulegen, daß die militärischen Kräfte der beiden Supermächte im Mittelmeer verringert werden müßten. Nur wenn diese Frage geregelt sei, könne der Zeitpunkt des Beginns der dritten Konferenzstufe festgelegt werden. Der sowjetische Vertreter bezeichnete daraufhin Maltas Auftreten als eine "erpresserische Handlungsweise". Dazu Hsinhua (NCNA, 14.7.1975): "Wer ist denn der eigentliche Erpresser? Hat Malta die Sowjetunion, die Supermacht, erpreßt, oder umgekehrt? Soll denn die KSZE nicht die Sicherheitsprobleme Europas lösen? Wenn der Vorschlag Maltas in die Praxis umgewandelt wird und die beiden Supermächte ihre Streitkräfte im Mittelmeerraum verringern, so würden die Südflanke Europas und der Mittelmeerraum verhältnismäßig sicherer, und die Situation würde sich dort wahrscheinlich ein wenig entspannen. Das ist ganz einfach und verständlich. Der Vorschlag Maltas entsprach also den Forderungen der Küstenländer und der Völker des Mittelmeerraumes ... Sicherheit darf nicht auf Kosten der Interessen kleiner Partner geschaffen werden; außerdem dürfen den Großmächten keine Privilegien eingeräumt werden."

Wenn ausgerechnet der Kleinstaat Malta bei der KSZE gegen den Goliath Sowjetunion angetreten ist, so dürfte dies weniger auf eine maltesische Eigenleistung zurückgehen als vielmehr auf den Einfluß der VR China, die mit dem Mittelmeerstaat seit 1972 intensive Beziehungen unterhält. Malta ist der einzige Staat Europas, der von Peking Entwicklungshilfe erhält. Sein

Ministerpräsident Dom Mintoff war schon zweimal seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen (Januar 1971) in der VR China und wurde dabei jedesmal mit mehr Ehren empfangen als die meisten Staatsmänner aus anderen Staaten. Chou En-lai beispielsweise konferierte beim Besuch Mintoffs im April 1972 mehrere Male mit dem maltesischen Repräsentanten und begleitete ihn persönlich nach Nanking und Canton. Sogar beim Besuch von Volkskommunen und in Fabriken war Chou an seiner Seite zu sehen. Diese ungewöhnliche protokollarische Sorgfalt sollte auch Moskau deutlich gezeigt haben, wie wenig es hier eigentlich um das kleine Malta selbst gegangen ist, und wie sehr statt dessen die Mittelmeerfrage im Zentrum der Diskussionen gestanden hat. Peking handelte sich damals von Malta auch das Versprechen ein, daß La Valetta nicht von der sowjetischen Flotte angelaufen werden darf. Auch sollte dort keine sowjetische Botschaft errichtet werden. Während Peking in La Valetta eine diplomatische Vertretung etablierte, regeln die Sowjets ihre Malta-Angelegenheiten nach wie vor von London aus. Überdies betonten die Chinesen immer wieder, daß das Mittelmeer ein Mare nostrum der Anliegerstaaten werden solle. Für Moskau war diese Politik auch deshalb ärgerlich, weil Malta intensive Beziehungen mit dem antirussischen Libyen unterhält.

Über eine unmittelbare Einflußnahme Chinas auf Malta in der KSZE-Frage liegen zwar keine direkten Informationen vor. Doch müßte es schon mit einem Wunder zugehen, wenn China hier nicht sein volles Gewicht ins Spiel gebracht hätte. Bei der KSZE geht es für Peking ja um Fragen, die letztlich auch die nationale Sicherheit der Volksrepublik berühren. Moskau könnte - chinesischen Vorstellungen zufolge - durch die "Unsicherheitskonferenz" den Rücken gegenüber Europa frei bekommen und sich sodann verstärkt der VR China zuwenden. Hier galt es zu bremsen, wo immer man intervenieren konnte. Nun hat sich Moskau in Form seines Verlangens nach Einstimmigkeit einen Bumerang geschaffen, der über Malta zurückgelenkt werden konnte.

An dieser Stelle beginnt sich Pekings bisher so konsequente Mittelmeerpolitik auszuzahlen. Zugleich sieht sich die Volksrepublik in ihrer bisherigen Politik der "Vereinten Fronten" bestätigt. Chiang Ch'ing, die Ehefrau Mao Tse-tungs, äußerte vor kurzem in einer Rede, daß nicht "die Reichen und Großen, sondern die Armen und Kleinen unsere Freunde sind". Im Falle Maltas hat sich dies wieder einmal bestätigt. Die Vereinte-Fronten-Strategie hat es auch zuwegegebracht, daß Staaten der Dritten Welt neues Selbstbewußtsein geschöpft haben. Auch hierfür hat Malta ein Beispiel geliefert. Soll es die Rolle eines zweiten Albanien übernehmen?

Ausländer in der VR China

(13) "Eintönigkeit"

Zwei grundverschiedene amerikanische Beobachter geben ihre persönlichen Eindrücke über die VR China wieder:

a) Der ehemalige Zweite Mann der amerikanischen Verbindungsmission in Peking, John Holdridge, sagte am 15. Juli vor dem außenpolitischen Ausschuß des amerikanischen Senats aus, er bewundere zwar die Leistungen, die die VR China bei der Schaffung eines guten Lebensstandards für den einzelnen Chinesen vollbracht habe. "Aber die Chinesen haben einen hohen Preis dafür gezahlt. Sie bleiben, nachdem sie die Schule ver-

lassen haben, eingespannt wie in eine Schraubzwinge. Es gibt keinerlei soziale Beweglichkeit nach oben." Holdridge beschrieb das Leben in China als "eintönig" (UPI-Bericht, 16.7.1975).

b) Charlotte Saikoski, Chief Editorial Writer des Christian Science Monitor, die schon häufig über China berichtet hat, schreibt nach einer dreiwöchigen Reise in der Volksrepublik (CSM, 21.7.1975): "For the American visitor, the constraints on thought, the absence of political freedom, the monotony and sterility of the culture, and the persuasive propaganda - in every thing, from newspapers to children's songs - is discomfiting."

(14) Vergleich eines langjährigen Peking-Korrespondenten zwischen der chinesischen Hauptstadt und Hong Kong

John Burns, der vier Jahre lang als Korrespondent der Toronto Globe & Mail in Peking tätig war, stellt einen Vergleich an, der günstig für Hong Kong ausfällt. Der Bericht zählt allerdings zuerst einige Negative auf: "In einem Handzettel für Reisende bittet der China Travel Service Personen, die nach Hong Kong reisen, um Vorsicht für alle ihre persönlichen Habseligkeiten, 'due to Hong Kong's peculiar environment' ". Doch dann beginnen die Pluspunkte: "Vieles spricht für Hong Kong: Es gibt dort Hotels, sauber, effizient und modern. Sie bilden eine willkommene Abwechslung zu den Hotellereien von jenseits der Grenze, wo Küchenschaben und dunstige Baderäume den Besucher erwarten, und wo es eine halbe Stunde dauern kann, ehe der Gast von der Rezeption ein Zimmer zugeteilt erhält. Hier gibt es Unterschiede in der Unterhaltung, im Buchangebot, in Zeitschriften, im Essen, in der Architektur und überhaupt in allem, was man mit Geld erstehen kann. Das vielleicht wichtigste in Hong Kong ist die Spontaneität der menschlichen Beziehungen - die Leichtigkeit, mit der ein Hotelangestellter über sein Leben und seine Ambitionen spricht, mit der er seinen Boss kritisiert oder über die Kolonialverwaltung mit einem bösen Glänzen in den Augen spricht. Sein chinesischer Landsmann auf der anderen Seite wird sich demgegenüber im Umgang mit Ausländern stets zurückhalten und nur Formulierungen gebrauchen, die allgemein gebilligt sind - für seine Arbeit, für die Partei und für das System.

Außerdem bekommt man in Hong Kong ein Gefühl für die Dynamik des Wachstums und Wandels, das stark kontrastiert zu der verhältnismäßig statischen Gesellschaft im revolutionären China. In nur einem halben Jahrzehnt hat sich das Bild Hong Kongs dramatisch gewandelt. Während ein Besucher Cantons sich anstrengen muß, um eine Änderung seit seinem letzten Besuch zu bemerken, braucht ein Reisender Hong Kong nur sechs Monate verlassen zu haben, um bei seiner Wiederkehr bereits einen neuen dreißigstöckigen Wolkenkratzer an der Wasserfront zu entdecken.

Ob all dies einen wirklichen Fortschritt in menschlicher Beziehung darstellt, ist eine Frage, welche die Leute von Hong Kong gerne der Nachwelt überlassen. Nebenbei bemerkt, sind es aber gerade diese strikt materiellen Anzeichen des Fortschrittes - neue Gebäude, neue Straßen, gewachsener Wohlstand -, die jenseits der Grenze im kommunistischen China dem Besucher so oft mit Stolz vorgeführt werden, in jenem Land, wo das materielle Wachstum soviel langsamer ist." (CSM, 7.7.1975)

(15) Anstandsregeln für China-Touristen

50 Bürger der japanischen Hafenstadt Yokohama, die Ende November 1975 als Touristen Peking und Shanghai besuchen dürfen, mußten sich einer "politischen Reifepfung" und einem Charaktertest unterziehen, der beweisen sollte, daß sie einer solchen Ehre würdig sind. Es sollten nur solche Interessenten angenommen werden, die im Geiste des Gemeinsamen Chinesisch-Japanischen Kommuniqués von 1972 aufzutreten vermögen, und die bereit sind, einen aktiven Beitrag zur Verständigung der beiden Völker zu leisten. Wer den politischen Test bestanden hat, muß einen dreistündigen "Benimm-dich-Kurs" absolvieren, in dem gelehrt wird, was ein Tourist in China nicht tun darf: nicht wahllos photographieren, sich nicht betrinken und nicht zu viele Andenken kaufen (Asahi Shimbun, zitiert in SZ, 8.7., und "Welt", 8.7.1975).

INNENPOLITIK

(16) "Sozialistische Höfe": ein neues Instrument zur politischen Erziehung

Als "sozialistisches neugeborenes Ding" und Errungenschaft auf dem Wege zur Konsolidierung des Proletariats wird in der chinesischen Presse die Organisation sog. "Sozialistischer Höfe" herausgestellt.

Während bislang die "Nachbarschaftskomitees" als kleinste politische und soziale Einheit für die Öffentliche Ordnung, Hygiene, Kinderkrippen und -Gärten und die Arbeitsorganisation verheirateter Frauen an den örtlichen Arbeitsstätten verantwortlich waren, werden nun die verschiedenen Haushalte, welche sich einen gemeinsamen Hof teilen, unmittelbar durch sog. "Hofverwaltungskomitees" erfaßt.

Erste Berichte deuten darauf hin, daß hiermit ein weiteres Instrument zur Politisierung und sozialen Disziplinierung im ganzen Lande geschaffen werden soll.

"Früher waren die Einwohner Pekings nie auf der Basis der Höfe, in denen sie leben, organisiert", heißt es in einem Bericht der NCNA vom 7.6.1975, welcher die Gründung der ersten "sozialistischen Höfe" oder "Zur Sonne Höfe" in Peihsinchiao, im nördlichen Stadtgebiet Pekings, beschreibt.

Gleichzeitig wird auf die "großen Schwierigkeiten" hingewiesen, welchen die Nachbarschaftskomitees, welche jeweils für mehrere Straßen, Dutzende von Höfen und Hunderte von Haushalten zuständig waren, bei der Durchführung ihrer Aktivitäten hatten.

Während durch die neue Organisationsform der "Sozialistischen Höfe", wie es heißt, "die Kritik an Lin Piao und Konfuzius bereits bis in die Familien hineingetragen wurde", sollen neben regelmäßigen Studiengruppen alter und junger Hausbewohner, politischen Versammlungen, Theaterabenden und anderen Freizeitaktivitäten auch Aufgaben der Gesundheitsfürsorge und der Öffentlichen Sicherheit übernommen werden. Während einige ausländische Beobachter auf die Schwierigkeiten hinweisen, welchen sich die chinesischen Behörden durch die wieder heimlich in die Städte zurückgekehrten Jugendlichen, welche nach der Kulturrevolution aufs Land geschickt wurden, gegenübersehen, scheint die bessere Kontrolle der Freizeit von Kindern und insbesondere von Jugendlichen eine wichtige Rolle zu spielen.

Aus dem Distrikt Sian wurde lediglich die Gründung von 2.900 "Sozialistischen Höfen" durch die örtliche Parteileitung gemeldet (NCNA, 21.7. lt. SWB, 27.7.1975), deren Aufgabe es sei, "die revolutionäre Massenbasis in Verbindung mit der tatsächlichen Situation des Klassenkampfes in den Straßen zu vertiefen"; dagegen werden die verschiedenen Aktivitäten der "Hofverwaltungskomitees" von sieben Wohnzentren im Distrikt Yangpu der Stadt Shanghai wie folgt beschrieben:

1. Organisation von Arbeitern, Hochschulstudenten, pensionierten Arbeitern, Volksschülern, Straßenkadern, genesenden Jugendlichen und anderen Bewohnern in theoretische Studiengruppen.
2. Veranstaltungen von Vorträgen und Ausstellungen zur Klassenerziehung, "um gegenüber der Korruption immun zu werden"; Einladungen an Angehörige der Miliz, Volkspolizisten und Arbeiter, welche über den Klassenkampf in der eigenen Straße berichten.
3. Durchführung von Veranstaltungen, in welchen revolutionäre Geschichten erzählt, Filme vorgeführt und Vorträge gehalten werden, um von "Helden" wie Kung Chiang-chung, Pan Tung-tze, Lei Feng, Huang Chi-kuang und Chiu Shao-yun zu lernen. Organisation von Roten Garden und Kleinen Roten Garden in kämpferische 'Rote Quasten Speer'-Gruppen, um "aus ihnen Rote Wachtposten für den Klassenkampf in der Straße zu machen".
4. Einrichtung einer Straßenbibliothek, in welcher auch Buchbesprechungen stattfinden.
5. Ausrüstung einiger Wohnzentren mit Fernsehgeräten für Kinder, junge Leute und andere Bewohner, damit sie "eine lebendige, visuelle ideologische Erziehung empfangen können".
6. Organisation von Propagandateams für Kunst und Literatur, welche aus rentierten Soldaten und jungen Leuten mit Schulbildung bestehen. Bisher wurden von diesen Arbeitsgruppen 18 Literatur- und Kunstprogramme aufgestellt, welche in mehr als hundert Vorstellungen von ca. 50.000 Zuschauern besucht wurden (SWB, 25.7.1975).

(17) Gehälter der führenden Politiker Pekings

Im Gespräch mit japanischen Besuchern hat Teng Hsiao-p'ing erstmals verlautbart, welche Gehälter "Spitzenverdiener" in der Volksrepublik China beziehen. Er selbst und weitere 100 führende Funktionäre erhielten ein Monatsgehalt von 400 Yüan. Der Stellvertretende Premierminister fügte hinzu, dieses Einkommen sei seiner Auffassung nach "zu hoch", wenn man es mit den Monatsbezügen chinesischer Arbeiter vergleiche. Deren Löhne lägen im Durchschnitt zwischen 60 und 100 Yüan (1 Yüan = DM 1,50).

In der Sowjetunion seien aus der privilegierten Klasse zahlreiche Millionäre hervorgegangen, betonte Teng. Wenn China die Löhne niedrig halte, so ziehe es hiermit Lehren aus den sowjetischen Erfahrungen (IHT, 22.4.1975, zitiert nach der japanischen Nachrichtenagentur Kyodo, deren Vertreter mit Teng Hsiao-p'ing ein Interview hatten.)

Man sollte allerdings die Position eines Politikers in einem staatswirtschaftlichen Land nicht nur nach seinem Lohn bemessen, sondern primär die Privilegien ins Auge fassen, die mit seiner Stellung verbunden sind (Nähere Angaben dazu in C.a.1974,